

Potsdam, 28.01.2019

Pressemitteilung

Austausch mit Tradition: Landesregierung und Branchenvertreter setzen Chemiedialog fort

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de

Umsatzplus 14,4 Prozent in den ersten elf Monaten des Jahres 2018: Die Chemieindustrie in Brandenburg ist nach den Worten von Ministerpräsident Dietmar Woidke auf Erfolgskurs. Beim traditionellen Chemiedialog heute in der Staatskanzlei betonte er: „Die Chemieindustrie mit mehr als zwei Milliarden Euro Umsatz pro Jahr ist ein starkes Zugpferd unserer Wirtschaft. Die Landesregierung setzt auf die Innovationskraft der Firmen und unterstützt ihre Entwicklung. Der Chemiedialog ist ein sehr gutes Mittel, um Erfahrungen auszutauschen, Probleme anzusprechen und Lösungen diskutieren.“

An dem Treffen auf Einladung Woidkes nahmen auch Wirtschaftsminister **Jörg Steinbach** sowie Arbeits- und Gesundheitsministerin **Susanna Karawanskij** sowie Vertreter des Arbeitgeberverbandes Nordostchemie und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) - Landesbezirk Nordost teil.

Woidke: „Die Chemieindustrie ist nicht nur für sich genommen stark, sondern zieht auch andere mit. Die Branche ist **sehr eng mit anderen Wirtschaftszweigen** verflochten. Unsere chemischen Unternehmen liefern beispielsweise Fasern, Folien, Komponenten für Haushaltsgeräte und Windräder, Pflanzenschutzmittel, Lacke oder Kunststoffe in die ganze Welt.“

Steinbach ergänzte: „Das Cluster Kunststoffe und Chemie **prägt die Wirtschaftsstruktur vieler Regionen** im Land. Etwa jeder siebte Arbeitsplatz des verarbeitenden Gewerbes und jeder achte Euro Umsatz in der Industrie entfällt auf die Chemie- und Kunststoffbranche. Dabei ist vor allem die **chemisch-pharmazeutische Industrie ein echtes Kraftzentrum**. So hat sich die deutsche Hauptstadtregion international zu einem der führenden Standorte der Gesundheitswirtschaft, der Gesundheitsversorgung und der Biowissenschaft entwickelt.“

Karawanskij unterstrich mit Blick auf die chemisch-pharmazeutische Industrie: „Unser Gesundheitssystem ist auf forschende Pharmaunternehmen angewiesen. In der Krebstherapie haben wir zum Beispiel in den vergangenen 20 Jahren enorme medizinische Fortschritte auch dank innovativer Medikamente erlebt. Die Hauptstadtregion **Berlin-Brandenburg ist international einer der führenden Standorte in der Gesundheitswirtschaft**. Pharmaunternehmen, Wissenschaftler, Kliniken, innovative Startups und spezialisierte Fachkräfte arbeiten hier ge-

meinsam für den regionalen und globalen Gesundheitsmarkt. Viele Patientinnen und Patienten setzen große Hoffnungen in diese Arbeit besonders im Kampf gegen Krankheiten, für die wir heute noch keine oder wenige Medikamente und Therapien haben. Aber das Herstellen und Handeln mit Arzneimitteln ist **zugleich ein äußerst sensibler Bereich**. Patientinnen und Patienten müssen sich auf die Wirksamkeit verabreichter Medikamente verlassen können. Hier sind Pharmaunternehmen besonders gefordert.“

Woidke und Steinbach wiesen darauf hin, dass die Kunststoff- und Chemiebranche zu den **energieintensiven Branchen** gehört und daher besonders auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen ist. Doch deutschlandweit gebe es bei Netzentgelten und Strompreisen noch immer erhebliche Unterschiede – zum Nachteil von Bundesländern wie Brandenburg. Zwar habe das im Jahr 2017 in Kraft getretene Netzentgeltmodernisierungsgesetz bereits zu Preissenkungen geführt. Doch Brandenburg werde weiter dafür kämpfen, dass die **Kosten der Energiewende gerecht und solidarisch verteilt** werden.

Woidke lobte zugleich die Anstrengungen der Unternehmen, um Fachkräfte zu sichern und zu gewinnen sowie Nachwuchs auszubilden: „Der **Tarifabschluss der Ost-Chemie** vom vergangenen Jahr kann sich wirklich sehen lassen. 3,6 Prozent mehr Geld, für Azubis sogar bis zu neun Prozent mehr sowie eine Verdoppelung des Urlaubsgeldes auf 1.200 Euro – das sind **richtige und wichtige Schritte hin zu unserem gemeinsamen Ziel einer ‚guten Arbeit‘** für alle.“

IG-BCE-Landesbezirkschef **Oliver Heinrich** fügte hinzu: „Mit den modernen Arbeitszeitregelungen, wie es unser bundesweit einzigartiges ‚Potsdamer Modell‘ erlaubt, zeigt die IG BCE dass der **Standort Ostdeutschland mehr als attraktiv** ist, das Menschliche nicht auf der Strecke bleibt und Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können. Wir sind auf die **Bedürfnisse in den unterschiedlichen Lebensphasen** eingegangen und so erlaubt das „Potsdamer Modell“ eine flexible Arbeitszeitgestaltung von 32 bis 40 Stunden. Ziel ist es, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so lange wie möglich im Unternehmen zu haben, bei guter Gesundheit, guter Qualifikation und hoher Motivation.“

Jürgen Fuchs, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordostchemie e.V., unterstrich: „Wir sind froh, dass wir heute den **guten Austausch mit der Brandenburgischen Landesregierung** fortsetzen konnten. Wir haben ein gemeinsames Verständnis von der hohen Bedeutung einer sicheren Energieversorgung und der **Notwendigkeit wettbewerbsfähiger Energiepreise** für den Standort und unsere Branche. Es bleiben noch eine Menge Herausforderungen, für die Lösungen erarbeitet werden müssen. Auch um den Fachkräftenachwuchs kümmern wir uns gemeinsam. Wir bieten **gute und moderne Arbeitsbedingungen**, aber das allein wird nicht ausreichen um im Wettbewerb bestehen zu können. Genauso muss die Infrastruktur weiterentwickelt und angepasst werden, um den Bedürfnissen der Menschen, wie auch der Unternehmen gerecht zu werden. Dies ist Anliegen sowohl der Industrie als auch der Politik.“